
Interviewfragen an den Bundesaußenminister Herr Frank-Walter Steinmeier für die ägyptische Tageszeitung Al-Ahram

1 – Herr Vizekanzler, Präsident Mubarak besucht Deutschland zu einer Zeit, in der es nur kriselt im Nahen Osten: Der Friedensprozess stockt weiter, die Palästinenser sind zerstritten, Israel baut illegale Siedlungen aus, die Libanonkrise dauert an, die Gewalt eskaliert im Irak und der Iran bastelt weiter an seinem Atomprogramm. Wie sehen Sie zurzeit die Rolle Ägyptens in einer solchen Region?

Ägypten ist für Deutschland ein äußerst wichtiger Partner und guter Freund im Nahen Osten. Wir freuen uns sehr auf den Besuch von Präsident Mubarak, den ich als erfahrenen und klugen Gesprächspartner schätze! Sie haben Recht: die Lage im Nahen Osten ist von Krisen geprägt. Ich glaube, dass wir nur dann eine Chance haben, diese Konflikte Schritt für Schritt zu lösen, wenn Europäer, Amerikaner und die arabischen Staaten gemeinsam an Lösungsansätzen arbeiten. Das Gewicht Ägyptens hierbei ist beträchtlich – insbesondere im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Ägypten hatte den Mut, mit Israel Frieden zu schließen. Das hat dazu geführt, dass Kairo heute sowohl für Israelis als auch für Palästinenser ein wichtiger Ansprechpartner ist. Und auch in der Arabischen Liga ist Ägypten eine sehr wichtige und konstruktive Stimme.

Aber lassen Sie mich noch ein Wort zum Friedensprozess sagen: Sie haben Recht, der Weg zum Frieden ist noch weit, und wir alle würden uns schnellere Fortschritte wünschen. Aber ich glaube, wir müssen den Gesprächen die Zeit geben, die sie verdienen. Keiner kann erwarten, dass in wenigen Monaten gelingt, was über Jahrzehnte hinweg gescheitert ist. Trotzdem sollten wir Annapolis als Chance begreifen: Seit Jahren haben Israelis und Palästinenser nicht mehr so regelmäßig, so ernsthaft und so entschlossen über alle Kernthemen ihres Konflikts gesprochen. Das ist ein großer Fortschritt. Natürlich werden die Verhandlungen Zeit benötigen. Es wird immer wieder Rückschläge geben und Versuche, die Gespräche zu torpedieren. Unsere Aufgabe ist es, die Konfliktparteien bei ihren Bemühungen um eine Lösung zu unterstützen und den betroffenen Menschen das Gefühl zu geben, dass sie von diesen Bemühungen profitieren.

2 – Deutschland pflegt zu Ägypten sehr gute Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Ägypten ist mit der German University, den drei deutschen Schulen und den Goethe-Instituten aber auch ein Schwerpunktland deutscher Kulturpolitik in der Region. Auf ägyptischer Seite gibt es ein großes Bedürfnis an einer noch engeren Kooperation insbesondere in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Technologie. Ist Deutschland bereit, dem nachzukommen?

Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Ägypten sind in der Tat exzellent und ruhen auf einem dichten Netz aus persönlichen und institutionellen Kontakten. Sie haben es beschrieben: Eine deutsche Universität, drei Auslandsschulen und die Goethe-Institute zeigen

deutlich, dass Deutschland in Ägypten kulturell stark vertreten ist. Wir freuen uns natürlich über das wachsende Interesse an Deutschland – wofür im übrigen auch die steigende Zahl der Deutschlerner ein Indiz ist. Genau hier wollen wir weiter ansetzen, etwa indem wir noch mehr deutsche Lehrer nach Ägypten entsenden. Denn wir wissen: All diese Bemühungen sind eine Investition in die Zukunft unserer Beziehungen, die sich lohnt!

3 – Aus Anlass des "Internationalen Tags der Aufklärung über Minengefahren und der Unterstützung des Humanitären Minenräumens" erklärten Sie in Bukarest: *„Landminen fordern trotz ihrer internationalen Ächtung bis heute Tag für Tag viele Tote und Verletzte. Vermintete Gebiete bedeuten furchtbares Leid für die Bevölkerung und behindern Entwicklung und Wiederaufbau in vielen Ländern über Jahre hinaus. Deshalb dürfen wir in unserem Kampf gegen diese gefährlichen Waffen nicht nachlassen.“* Ägypten, mit seinen seit dem Zweiten Weltkrieg ca. 23 Millionen verbliebenen Minen (ca 20 % der weltweit verminten Gebiete), braucht die Unterstützung der Bundesregierung, als einer der weltweit größten Förderer des humanitären Minenräumens. Gibt es Hindernisse, die die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet verzögern?

Für meine Regierung hat das Verbot von Minen und die Räumung alter Minenfelder in der Tat seit Jahren hohe Priorität. Wir sind weltweit einer der größten Unterstützer bei der Minenräumung. Und ich sehe auch keine Hindernisse für eine Zusammenarbeit mit Ägypten, wir haben ja auch in der Vergangenheit bereits Unterstützung in Ägypten geleistet – etwa indem wir Minenräumgeräte und Kartenmaterial bereitgestellt haben. In diesem Jahr werden wir eine halbe Million Euro für humanitäre Minenräumung in Ihrem Land zur Verfügung stellen. Damit wollen wir notwendiges Minenräumgerät beschaffen und die ägyptischen Anstrengungen bei der Beseitigung der Minen unterstützen.

4 – Herr Vizekanzler, Sie waren mit der Bundeskanzlerin und fast der Hälfte der Bundesregierung in Israel, wo die Beziehungen der beiden Länder auf eine neue Stufe gestellt worden sind. Obwohl die meisten arabischen Partner Deutschlands Verständnis für die besondere Beziehung Deutschland zu Israel haben, wird die jetzige Bundesregierung zunehmend in arabischen Medien vorgeworfen, sie nehme zu viel Rücksicht auf Israel, verlange kaum Vorleistungen für den Friedensprozess von der israelischen Seite und kritisiere fast nie die israelische Politik in den besetzten Gebieten. Was meinen Sie dazu?

Deutschland und Israel haben besondere Beziehungen und sind unzertrennlich durch die Verbrechen verbunden, die wir Deutsche an Millionen von Juden in Europa begangen haben. Das wird immer so sein, und mein Land steht zu dieser Verantwortung. Sie ist Teil unseres Selbstverständnisses. Unsere Partner in der arabischen Welt verstehen das. Israel kann sich

darauf verlassen: Wer auch immer sein Existenzrecht in Frage stellt, der trifft auf unseren entschiedenen Widerspruch! Unsere Beziehungen sind sehr freundschaftlich und eng. Und wir haben sie in der Tat mit den Regierungskonsultationen noch weiter vertieft. Das bedeutet nicht, dass wir in allen Fragen einer Meinung sind und nicht auch Kritik äußern können, wo wir Grund dazu haben. Der Siedlungsbau ist beispielsweise eine Frage, in der wir – wie unsere amerikanischen und europäischen Partner auch – eine klare Haltung einnehmen und diese auch öffentlich zum Ausdruck bringen.

Aber erlauben Sie mir die Bemerkung, dass ich überhaupt nichts davon halte „Vorleistungen für den Friedensprozess“ zu verlangen! Die Konferenz von Annapolis hat eine Chance eröffnet, die wir nutzen müssen. Und wir unterstützen die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern, wo wir nur können. Aber es ist eine Illusion zu glauben, wir könnten eine Einigung zwischen beiden Parteien erzwingen. Wir können weder ihren Willen ersetzen, die nötigen Kompromisse zu schließen. Noch können wir ihnen die Verantwortung für die Folgen abnehmen, wenn sie es nicht tun.

5 – Die arabischen Länder sind überzeugt, dass Deutschland und die EU sowohl politisch als auch wirtschaftlich über Mittel verfügen, um auf beiden Verhandlungspartnern einzuwirken und endlich einer Lösung des Nahostkonflikts in Aussicht zu stellen. In Ihrer Rede zur Eröffnung der Kronberger Nahostgespräche der Bertelsmann Stiftung sagten Sie aber, dass die Europäer nicht die gleiche Rolle wie die USA einnehmen könnten, weil sie nicht über die Möglichkeiten und Formate verfügten. Bedeutet das, dass die Europäer weiterhin den Palästinensern nur finanziell unterstützen können, politisch aber können sie keine entscheidende Rolle spielen?

Nein. Dass ich es für eine Fehleinschätzung halte, zu glauben, man könne Konfliktparteien zu einer Lösung zwingen, habe ich ja schon gesagt. Genauso deutlich sage ich: Europa kann die Rolle der USA in diesem Konflikt nicht ersetzen. Wir brauchen Amerika, und ich bin sehr froh, dass die amerikanische Regierung zu einem intensiven Engagement im Nahen Osten zurückgefunden hat. Es waren im übrigen deutsche und europäische Bemühungen, die über die Reaktivierung des Nahost-Quartetts dazu beigetragen haben.

Europas Rolle sehe ich jetzt vor allem darin, die laufenden Gespräche zu flankieren und die Bemühungen von Israelis, Palästinensern und Amerikanern zu unterstützen. Wir haben hierzu Ende letzten Jahres einen Strategie entworfen, die sich vor allem auf die Bereiche Sicherheit, Förderung der palästinensischen Wirtschaft und Bildung konzentriert. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Premierminister Fayyad bemüht sich, in den palästinensischen Städten schrittweise mehr Sicherheitsverantwortung in die Hände der palästinensischen Polizei zu legen, weg vom israelischen Militär. Wir unterstützen ihn dabei, indem wir Polizeiautos und Funkgeräte zur Verfügung stellen. Zu einem künftigen palästinensischen Staat gehören eine funktionierende Polizei und ein demokratisches Justizwesen. Deswegen werden wir Ende Juni zu einer

internationalen Konferenz nach Berlin einladen, die den Aufbau genau solcher Strukturen zum Ziel hat. Die EU verfügt über große Erfahrung beim Polizeiaufbau und ist bereits mit einer Beratermission in den Palästinensischen Gebieten vertreten. Hierauf wollen wir aufbauen – und das ist weit mehr als nur finanzielle Unterstützung!

6 – Herr Außenminister, wenn man mit Syrien reden kann, warum darf man das nicht mit der Hamas in Gaza? Wahrscheinlich ist eine Lösung des Nahostkonfliktes bzw. der politischen Krise in Libanon ohne die Mitwirkung beider Akteure schwer zu erzielen.

Erstens glaube ich nicht, dass sie beides vergleichen können. Zweitens geht es ja nicht um Denkverbote gegenüber der Hamas. Aber solange die Organisation Gewalt und Terror als politisches Mittel einsetzt, solange sie nicht einmal die bisher geschlossenen Vereinbarungen anerkennt, geschweige denn Recht Israels auf eine Existenz – solange kann es keine Gespräche geben.

7 – Zum Thema Iran: Die Sanktionspolitik gegenüber Teheran hat bis jetzt keine Wirkung gezeigt. Im Gegenteil, die deutsche Wirtschaft kritisiert: Sanktionen treffen deutsche Unternehmen hart. Obwohl Deutschland immer für eine politische Lösung plädiert, wird inzwischen die Wahrscheinlichkeit eines amerikanischen Angriffs auf Atomanlagen des Irans immer größer. Halten Sie diesen Schritt für möglich? Was wird Deutschland tun, falls die USA sich dazu entschließen? Wäre es nicht, auch für den Iran, überzeugender, wenn sich Deutschland und die EU für eine Atomwaffenfreizone im gesamten Nahen Osten einsetzten?

Das tun wir ja! Das Ziel eines Atomwaffenfreien Nahen Ostens ist Bestandteil unserer Politik und findet sich auch in den Iran-Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Aber Sie werden mir zustimmen, dass es keine sehr kluge Politik wäre, sich zurückzulehnen und zu sagen: Wir können dieses Ziel im Augenblick nicht erreichen, also tun wir auch nichts dagegen, dass immer mehr Staaten nach Atomwaffen streben....

Im übrigen halte ich nichts davon, über mögliche Angriffsszenarien zu spekulieren. Für meine Regierung ist das keine Option, und auch die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen – also die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich – bekennen sich dazu, diesen Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Ich bedaure, dass der Iran sich weiterhin den Forderungen der Vereinten Nationen widersetzt.

Wir haben immer betont, dass wir jederzeit bereit sind, auf den Iran zuzugehen. Schon 2006 haben wir dem Iran ein sehr weit reichendes Angebot unterbreitet – bis hin zu einer Kooperation auf dem Gebiet der zivilen Nutzung der Kernenergie. Der Iran hat das Angebot abgelehnt. Doch

auch jetzt sind wir bereit, auf das Land zuzugehen. Aber zu einer Einigung gehören zwei Seiten, und ich kann nur hoffen, dass Teheran die Chance nutzt, die sich ihm bietet.

8 – Die Euro-Mediterrane Partnerschaft mit den Anrainerstaaten des Mittelmeers, soll im Rahmen einer neuen Mittelmeerunion vertieft werden. Deutschland lehnte den französischen Vorschlag am Anfang ab und unterstützte ihn später doch. Welche Bedenken hat die Bundesregierung? Glauben Sie nicht, dass der Barcelonaprozess gescheitert ist?

Wir hatten mit Frankreich von Anfang an ein klares Verständnis über das Ziel: nämlich der Euro-Mediterranen Partnerschaft neuen Schwung zu verleihen und die Zusammenarbeit, wie sie derzeit unter dem Dach des Barcelona-Prozesses stattfindet, weiterzuentwickeln. Der Ausbau der Beziehungen zu den Mittelmeeranrainern liegt im Interesse aller EU-Staaten. Denn Themen wie die Steuerung von Migrationsströmen, Umweltschutz, Handel, Energieversorgung oder auch der Kampf gegen Organisierte Kriminalität und Terrorismus können wir nur gemeinsam angehen. Das sind Fragen und Probleme, die über den engeren geographischen Raum des Mittelmeers hinausgehen. Deshalb haben wir uns auch von Anfang an dafür eingesetzt, dass die geplante „Union für das Mittelmeer“ allen Mitgliedstaaten der EU gleichberechtigt offen steht. Und ich bin froh, dass wir uns am Ende auch hierauf verständigt haben.

Wir sind in der EU jetzt dabei, Vorschläge für den institutionellen Aufbau und das konkrete Funktionieren der Mittelmeerunion zu erarbeiten. Natürlich werden wir diese Vorschläge mit unseren Partnern im Mittelmeerraum ausführlich diskutieren. Ägypten hat dankenswerter Weise für die arabischen Partner die Koordinatorenrolle übernommen, was ich sehr begrüße. Und ich bin zuversichtlich, dass wir bis zum geplanten „Gründungsgipfel“ am 13. Juli in Paris ein gemeinsames und zukunftsgerichtetes Konzept für die Mittelmeerunion vorlegen werden. Das liegt im Interesse aller!

9 – Warum funktioniert der so genannte Dialog zwischen den Kulturen Ihrer Meinung nach nicht mehr? Nach dem Karikaturenstreit haben erneut antiislamische Kunstwerke extreme islamische Reaktionen provoziert. Für Viele in Europa hat und soll die Meinungsfreiheit keine Grenzen haben. Aus islamischer Sicht soll sie aber dort aufhören, wo sie die religiösen Gefühle der Anderen verletzt. Wie können beide Seiten diese Spirale von Provokation und Gewalt brechen?

Die Einschätzung, ob der Dialog zwischen den Kulturen funktioniert oder nicht, hängt davon ab, was wir von ihm erwarten. Ich glaube, dass der Dialog alternativlos ist, dass er sich gerade da bewähren muss, wo es darum geht, unterschiedliche Einschätzungen, Stereotype oder Vorurteile abzubauen, wo es darum geht, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Wir brauchen eindeutig mehr Dialog: zwischen jungen Menschen, Studierenden, Frauen. Das wird sicherlich nicht gleich dazu führen, dass wir uns in allem einig sind, aber es wird doch helfen, dass wir mögliche Unterschiede, Traditionen, religiöse Überzeugungen gegenseitig besser verstehen. Die Anerkennung von Verschiedenheit ist für mich eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass ein Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen möglich und erwünscht ist.

Lassen Sie mich ein Wort zu den von Ihnen erwähnten antiislamischen Veröffentlichungen sagen: Wo immer eine Religion pauschal diffamiert und mit Gewalt und Terror gleichgestellt wird, ist dies klar zurückzuweisen. Ebenso klar zurückzuweisen ist aber auch jegliche gewalttätige Reaktion unter Gefährdung von Leib und Leben anderer auf eine solche empfundene Provokation. Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit sind beides von der Völkergemeinschaft anerkannte Menschenrechte, die mitunter auch in einem Spannungsverhältnis stehen können. Darüber haben wir in der Vergangenheit viel diskutiert, und wir werden dies auch in Zukunft tun. Denn Zweifel und Kritik sind nötig und müssen möglich bleiben! Wichtig ist, wie wir mit Kritik, die auch als verletzend empfunden werden mag, umgehen – nämlich gewaltfrei und im Dialog!

Herr Steinmeier wir danken Ihnen für das Gespräch!